



Was diese Woche wichtig war

# Basler Strafverfolger in der Kritik, immer mehr Morde an Umweltschützern und in Kenia hungern Millionen

Woche 37/2021 – das Nachrichtenbriefing aus der Republik-Redaktion und die Corona-Lage.

Von [Reto Aschwanden](#), [Ronja Beck](#), [Anja Conzett](#), [Oliver Fuchs](#), [Sven Gallinelli](#), [Carlos Hanimann](#), [Marie-José Kolly](#) und [Marguerite Meyer](#), 17.09.2021

## «Nazifrei»-Prozesse: Basler Staatsanwaltschaft gerügt

**Darum geht es:** Die Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt rügt in ihrem jährlichen Bericht die Strafverfolgungsbehörde für ihr Vorgehen im Zusammenhang mit den Prozessen rund um die «Basel nazifrei»-Demonstration im November 2018.



Unter Polizeiaufsicht: Demonstration gegen die rechte Pnos in Basel (24. November 2018).  
Georgios Kefalas/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Bei Protesten gegen eine Kundgebung der rechtsradikalen Pnos war es 2018 zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Die folgende Prozessreihe sorgte schweizweit für Schlagzeilen. Im November des letzten Jahres zeigte die Republik in einer gemeinsamen Recherche mit der Basler Onlinezeitung «Bajour» auf, dass die Staatsanwaltschaft mit erstaunlicher Härte und grossem Aufwand gegen die Demonstranten vorging – gegen die rassistischen und hetzerischen Äusserungen an der Pnos-Kundgebung aber erst mit grosser Verzögerung. Die Entscheidungen und Einschätzungen der Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang bezeichnet die Aufsichtskommission nun als «nicht nachvollziehbar» und «unzutreffend». Damit gerät die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt weiter unter Druck. Bereits im April hatte das Bundesgericht entschieden, dass sie zu Unrecht DNA-Profile von Klimaaktivisten erhoben hatte. Im August wurde zudem bekannt, dass die Basler Staatsanwaltschaft die Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan wegen ihrer Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration zur Verantwortung ziehen wollte. Die zuständige Kommission des Nationalrats lehnte die dafür nötige Aufhebung der Immunität aber einstimmig ab und bezweifelte, ob die Arslan vorgeworfenen Handlungen «überhaupt eine strafrechtliche Relevanz aufweisen».

**Was als Nächstes geschieht:** Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt bleibt unter Beobachtung. Mit Blick auf die «Basel nazifrei»-Prozesse empfiehlt die Aufsichtskommission, «die Prioritätensetzung bei der Verfolgung von Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern zusammen mit dem Regierungsrat zu überprüfen». Bereits wenige Tage vor Erscheinen des Berichts forderte eine Gruppe Grossräte, der Aufsichtskommission mehr Kompetenzen bei der Kontrolle der Staatsanwaltschaft einzuräumen.

## Mordrate an Umweltaktivisten auf Rekordhoch

**Darum geht es:** Im Jahr 2020 wurden 227 Umweltaktivisten ermordet – eine neue Höchstzahl, wie es in einem am Montag veröffentlichten Bericht der NGO Global Witness heisst. Im Schnitt sterben pro Woche 4 Aktivisten. Besonders gefährlich ist es in Südamerika: Allein in Kolumbien kam es zu 65 Morden, gefolgt von Mexiko (30), den Philippinen (29) und Brasilien (20). Die meisten Morde geschehen im Umfeld von Waldrodungen.

**Warum das wichtig ist:** Die Ausbeutung der Natur führt immer wieder zu Konflikten. In Mexiko wurde im September 2020 der indigene Aktivist Oscar Eyraud Adams erschossen. Er war Sprecher des Volks der Kumiai und engagierte sich gegen den Wassermangel in der Region Tecate des Bundesstaates Baja California. Er ist kein Einzelfall: Rund ein Drittel der Ermordeten waren Menschen mit indigenem Hintergrund, die sich für ihr Land und ihre Gemeinschaft einsetzten. Chris Madden von Global Witness sagt dazu: «Solange die Behörden solche Aktivisten nicht schützen, wird sich das Klima weiter verschlechtern, und die Morde werden weitergehen.»

**Was als Nächstes geschieht:** Die Unternehmen müssten anfangen, die Menschen und den Planeten über die Profitorientierung zu stellen, sagt Chris Madden. Seine Organisation fordert unter anderem, dass der Einsatz für die Umwelt durch die Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt wird. Die EU ist daran, entsprechende Gesetze auszuarbeiten. Diese sollen Firmen zu einer Corporate Governance im Bereich der Umwelt verpflichten. Sie müssten sicherstellen, dass Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltschäden in ihren Lieferketten unterbunden werden.

## **AfD-Parteispenden-Skandal: Schweizer Agentur an Millionenkampagne beteiligt**

**Darum geht es:** Der Partei Alternative für Deutschland (AfD) werden erneut illegale Parteispenden vorgeworfen: Laut Recherchen von «Spiegel», «ZDF Frontal» und «Correctiv» sind anonym finanzierte Plakatkampagnen von einem AfD-Unterstützerverein in Tat und Wahrheit von der AfD selbst in Auftrag gegeben worden. Die umstrittenen Plakate, die in den Jahren 2016 bis 2018 bei der Plakatfirma Ströer gebucht wurden, hatten einen Auftragswert von über 3 Millionen Euro. Interne Unterlagen sollen nun zeigen, dass die Plakatfirma die AfD bei über 3000 Aufträgen als «Direktkunde» führte. Als Agentur werde die SVP-nahe Schweizer Agentur Goal AG von Alexander Segert genannt. Die AfD bestreitet, die Plakate aufgegeben und mit Goal zusammengearbeitet zu haben.

**Warum das wichtig ist:** Die AfD steckt seit mehreren Jahren in einem regelrechten Parteispendenskandal. So musste die Partei wegen verbotener Zuwendungen der Schweizer Agentur Goal AG an die Spitzenpolitiker Jörg Meuthen und Guido Reil eine Busse in Höhe von rund 400'000 Euro bezahlen. Zudem wurde sie auch wegen illegaler Parteispenden aus der Schweiz an AfD-Fraktionschefin Alice Weidel gebüsst. Die neusten Enthüllungen deuten nun darauf hin, dass das Ausmass der Affäre noch viel grösser sein könnte als bisher bekannt. Die AfD hatte stets bestritten, Plakatkampagnen mit dem Unterstützerverein «Recht und Freiheit» oder Segerts Agentur Goal koordiniert zu haben. Die internen Unterlagen der Plakatfirma Ströer widersprechen dieser Darstellung: Das Unternehmen führte in den meisten Fällen die AfD als Kundin und Goal als Agentur – und nicht etwa den Unterstützerverein «Recht und Freiheit», der offiziell hinter den anonym finanzierten Kampagnen stand.

**Was als Nächstes geschieht:** Die jüngsten Enthüllungen dürften weitere Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Bundestagsverwaltung nach sich ziehen. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, drohen der AfD Strafzahlungen in Millionenhöhe.

## Afghanistan: Uno spricht Nothilfe, IKRK trifft Taliban

**Darum geht es:** An einer Konferenz der Vereinten Nationen (Uno) am Montag in Genf haben die Geberländer 1 Milliarde US-Dollar für die Weiterführung von humanitärer Hilfe in Afghanistan beschlossen. Dies verkündete Uno-Generalsekretär António Guterres. Das ursprüngliche Ziel waren 606 Millionen US-Dollar gewesen.



Hilfe für Afghanistan: Uno-Generalsekretär António Guterres begrüsst Peter Maurer, den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Salvatore Di Nolfi/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Schon vor der Übernahme des Landes durch die Taliban waren viele Afghaninnen von internationaler Hilfe abhängig. Nach dem Sturz von Kabul wurden viele internationale Gelder blockiert. Das neue Regime wird von Ländern wie Frankreich nicht anerkannt. Der afghanischen Zentralbank und anderen Banken fehlt es an Liquidität; das verschlimmert die Wirtschaftskrise und die Hungersnot, die im Land herrscht. Gemäss Uno haben derzeit über 90 Prozent der Afghaninnen nicht genug zu essen. Ein grosser Teil der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, rund 3,5 Millionen Afghanen sind Binnenflüchtlinge innerhalb des eigenen Landes. Die Taliban haben sich in der Vergangenheit nicht gegen humanitäre Hilfe in ihren Gebieten verwahrt. Kürzlich traf sich ein Vertreter der neuen Führung mit Peter Maurer, dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Maurer sprach anschliessend von einem «ausserordentlich positiven Dialog» und betonte, der Vorteil des IKRK sei, dass es praktisch die ganze Taliban-Führung kenne, weil sie diese besucht habe, als sie noch in Gefängnissen sass.

**Was als Nächstes geschieht:** Gemäss der Uno wird das nun gesprochene Geld vor allem für medizinische Bedürfnisse, die Wasserversorgung und sanitäre Anlagen sowie Bildungsprojekte und Notunterkünfte eingesetzt. Zusätzlich wird es für dringende Nahrungsmittelhilfe benötigt. Ein Teil der Milliarde wird in den Nothilfefonds der Uno für kurzfristige Unterstützung fliessen, ein anderer Teil wird wohl später zur Verfügung gestellt. Einige der Geberländer haben ihre Hilfslieferungen an Bedingungen geknüpft. Ein Sprecher des IKRK sagte, es sei «extrem wichtig», dass diese Gelder gesprochen wurden, aber mittel- bis langfristig müssten andere Wege gefunden werden, unter anderem für das Gesundheitswesen, das bisher zu einem grossen Teil von der Weltbank finanziert wurde. Die Schweiz hat vergangene Woche den Betrag für humanitäre Hilfe in Afghanistan erhöht.

## Neue Hungersnot in Kenia

**Darum geht es:** Präsident Uhuru Kenyatta hat den nationalen Notstand ausgerufen. Mehr als 2 Millionen Menschen droht aufgrund einer anhaltenden Dürre der Hungertod.

**Warum das wichtig ist:** Wie in anderen afrikanischen Ländern verschärft die Pandemie auch in Kenia bestehende Probleme. Wie schon in früheren Jahren führt Trockenheit zu Ernteaussfällen. Für das Hauptnahrungsmittel Mais rechnen die Behörden mit Verlusten von 50 Prozent. Lebensmittel sind knapp, was die Preise steigen lässt. Weil viele Menschen aufgrund der Pandemie ihre Arbeit verloren haben, fehlt ihnen das Geld, um Essen zu kaufen. Hilfseinrichtungen werden von Hungernden überrannt. Auch Männer melden sich immer öfter für eine Gratismahlzeit. Das ist ein Alarmzeichen, weil Männer in den Familien als Erste zu essen bekommen und es als Schande gilt, wenn ein Mann sich nicht selber ernähren kann.

**Was als Nächstes geschieht:** Ein Ende der Dürre ist nicht in Sicht, auch für die kommenden Wochen wird mit wenig Regen gerechnet. Die kenianische Regierung will die Hungernden mit Wasser und Lebensmitteln unterstützen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat letzte Woche die wohlhabenden Länder aufgerufen, bis mindestens Ende Jahr auf Booster-Impfungen (also eine dritte Dosis) für gesunde Menschen zu verzichten. So soll mehr Impfstoff nach Afrika gelangen, wo erst etwa 3 Prozent der Menschen vollständig geimpft sind.

## Norwegen: Konservative verlieren Klimawahl, Grüne können nicht profitieren

**Darum geht es:** Die Konservativen unter der bisherigen Ministerpräsidentin Erna Solberg sind die grossen Verlierer der Parlamentswahlen. Stärkste Kraft wurde trotz leichten Verlusten die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sitzgewinne verzeichnen die Sozialistische Linkspartei und die vor allem in ländlichen Gebieten starke Zentrumspartei. Die weit links aussen politisierende Partei Rødt konnte ihre Stimmenzahl verdoppeln. Schlecht schnitten hingegen die Grünen ab, die nicht einmal 4 Prozent der Stimmen holten und lediglich 3 Abgeordnete stellen werden.



Siegerposen: Jonas Gahr Støre (2. v. r.) wurde mit der Arbeiterpartei stärkste Kraft bei den Parlamentswahlen in Norwegen. Javad Parsa/NTB via AP/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Neben sozialer Gerechtigkeit war das dominierende Thema des Wahlkampfes die Klimakrise. In Norwegen heisst das: Wie weiter mit der Öl- und Gasindustrie? Sie trägt 40 Prozent zu den Exporten bei, jeder zwanzigste Norweger arbeitet in dieser Branche. Noch zu Beginn der Pandemie wurden neue Gebiete für Ölbohrungen freigegeben. Kurz vor den Wahlen hat die bisherige Regierung aber angekündigt, Steuervergünstigungen für die Ölindustrie zu streichen. Die Arbeiterpartei, die voraussichtlich den künftigen Regierungschef stellen wird, möchte neue grüne Industrien fördern. Das schlechte Abschneiden der Grünen zeigt aber, dass ein grosser Teil der Bevölkerung keine radikale Abkehr von Öl- und Gasförderungen will. Das Wahlergebnis bedeutet nicht eine grüne Wende, sondern einen Linksrutsch.

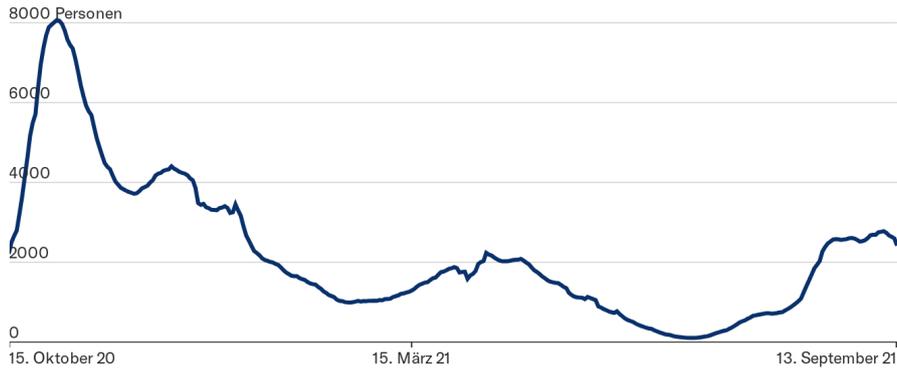
**Was als Nächstes geschieht:** Für eine stabile Regierung benötigt die Arbeiterpartei mit ihrem Spitzenkandidaten Jonas Gahr Støre Bündnispartner. Am wahrscheinlichsten ist eine Koalition mit den Zentristen und der Linkspartei, die eine Regierungsbeteiligung von einer Wende in der Klimapolitik abhängig macht. Es wird damit gerechnet, dass die Koalitionsverhandlungen bis Mitte Oktober dauern werden.

## Der Corona-Lagebericht

Seit Anfang Woche ist das Covid-Zertifikat Pflicht. Ob das hilft, die Fallzahlen zu drücken, das lässt sich frühestens in zwei bis drei Wochen sagen. Für den Moment stagnieren sie – im Schnitt werden jeden Tag ungefähr so viele Menschen positiv getestet wie auf dem Höhepunkt der Welle im Frühling.

## Die Infektionen stagnieren auf hohem Niveau

Positiv getestete Personen: gleitender Mittelwert über 7 Tage



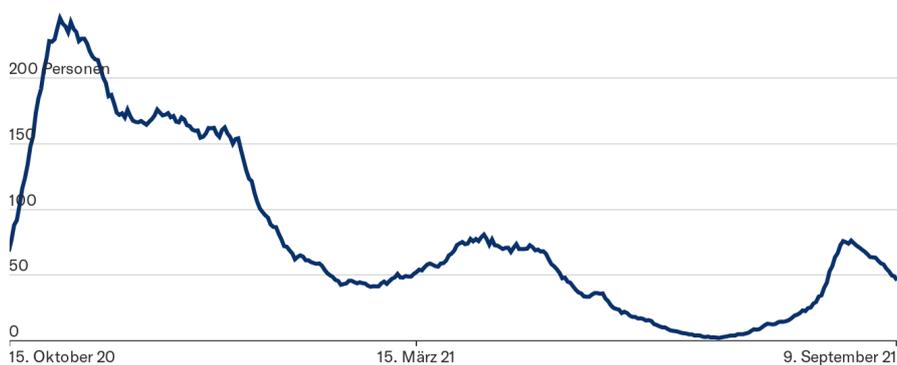
Die Daten nach dem 13. September sind vermutlich noch unvollständig, deshalb haben wir sie nicht berücksichtigt. Stand: 16. September 2021. Quelle: [Bundesamt für Gesundheit](#)

Wahrscheinlich treffen sich dabei zwei Trends in der Mitte – ein guter und ein schlechter. Einerseits ist nicht Ferienzeit, es wird also weniger Menschen geben, die sich in den Ferien anstecken und dann nach der Rückkehr krank werden. Andererseits hat die Schweiz den angemessenen Schutz von Kindern in der Schule gründlich verweigert – [mehr dazu lesen Sie hier](#). Und das sieht man jetzt an den Zahlen. Es stecken sich so viele unter 10-Jährige an wie überhaupt noch nie in der Pandemie. Und bei den Jugendlichen zwischen 10 und 19 Jahren war es nur einmal so schlimm wie jetzt: [im Oktober 2020, also kurz vor dem zweiten Lockdown](#).

Gibt es denn auch gute Nachrichten? Die gibts. Die Kurve der Spitalweisungen insgesamt ist weiter gefallen. Ausser in der Zentralschweiz (in Uri, Schwyz und Glarus) hat sich die Lage damit leicht entspannt. (Leider noch nicht auf den Intensivstationen. Dort liegen aktuell immer noch mehr Menschen als auf dem Höhepunkt der Frühlingswelle.)

## Jeden Tag müssen etwas weniger Leute wegen Covid-19 ins Spital

Spitaleintritte: gleitender Mittelwert über 7 Tage



Die Daten nach dem 9. September sind vermutlich noch unvollständig, deshalb haben wir sie nicht berücksichtigt. Stand: 16. September 2021. Quelle: [Bundesamt für Gesundheit](#)

Aber seit der Einführung des Zertifikats haben sich offenbar viele für die Impfung entschieden. [Vor vielen Zentren gab es in den letzten Tagen lange Schlangen](#). Umgeimpfte können sich noch bis Ende Monat gratis testen lassen – wobei eine Mehrheit im Parlament unterdessen dafür ist, das Gratisangebot zu verlängern.

## Zum Schluss: 1 Pimmel löst Razzia aus

Nicht nur in Basel gehen die Strafverfolger gern hart gegen Linke vor, das können sie auch in Hamburg. Auslöser war im aktuellen Fall, dass der Inhaber einer Kneipe, in der antifaschistische FC-St.-Pauli-Fans verkehren, den Innensenator Andy Grote (SPD) wissen liess: «Du bist so 1 Pimmel.» Es war die Antwort auf einen Tweet, in dem Grote eine Feier im Schanzenviertel mit Blick auf die Corona-Lage als «dämliche Aktion» bezeichnet hatte. Dabei hatte der Innensenator seine Wiederernennung im Juni 2020 selber mit einer Party gefeiert, die gegen die Corona-Verordnung versties. Als Pimmel wollte er sich trotzdem nicht titulieren lassen. Also wurde die Polizei aktiv – und wie. Sie stürmte um 6 Uhr morgens die Wohnung, in der sie den Verfasser vermutete, um dort Beweismittel zu sichern. Bloss: Der Mann lebt gar nicht mehr dort, sondern nur noch seine Ex-Freundin mit zwei kleinen Kindern. Und: Er hatte sich längst der Polizei gestellt und sein Vergehen zugegeben. Auf Twitter trendete daraufhin der Hashtag #Pimmelgate. Ein Polizeisprecher rechtfertigte die Razzia damit, dass Beleidigungen oder Hassreden in sozialen Netzwerken grundsätzlich eine grosse Gefahr für das friedliche Zusammenleben seien. Die TV-Moderatorin Ruth Moschner twitterte daraufhin: «Wow. Heisst das jetzt, «Pimmel» sagen wird krasser strafrechtlich verfolgt, als «Pimmel» als Bilder zu verschicken. Auf meine Strafanzeigen hat es bisher nix gegeben.»

## Was sonst noch wichtig war

- **Frankreich:** Präsident Macron gab am Donnerstag bekannt, Adnan Abou Walid al-Sahraoui, der Anführer des Islamischen Staates (IS) in der Sahelzone, sei «neutralisiert» worden. In der Sahelzone kämpfen über 5000 französische Soldaten gegen islamistische Terrorgruppen.
- **Deutschland:** In der Stadt Hagen hat die Polizei am Mittwoch einen 16-jährigen Syrer und drei weitere Verdächtige verhaftet. Sie sollen für den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur (15./16. September) eine Sprengstoffattacke auf die örtliche Synagoge geplant haben.
- **Färöer:** Beim traditionellen *Grindadráp* wurden am Sonntag über 1400-Delfine getötet. In den Vorjahren waren es jeweils 50 bis 60 Tiere. Nun zeigen sich die Färöer selbst geschockt, es sei nie geplant gewesen, derart viele Delfine abzuschlachten.
- **USA I:** Der Demokrat Gavin Newsom bleibt Gouverneur von Kalifornien. Er gewann eine von den Republikanern mitten in der Amtszeit erzwungene Volksabstimmung deutlich. Zur Unterstützung von Newsom waren sowohl Vizepräsidentin Kamala Harris wie auch Präsident Joe Biden nach Kalifornien gereist.
- **USA II:** Laut den Investigativjournalisten Bob Woodward und Robert Costa hat der Chef des Generalstabs nach dem Sturm aufs Kapitol aus Sorge um Trumps Geisteszustand Vorkehrungen getroffen, damit dieser keine Atomwaffen einsetzen kann. Zudem soll er China versichert haben, dass die USA keine Angriffsabsichten hätten.
- **Australien:** Die USA und Grossbritannien wollen Australien mit Atom-U-Booten ausrüsten. Damit verbunden ist eine Partnerschaft zwischen den drei Ländern, mit der im Südpazifik – namentlich gegenüber China – Stärke demonstriert werden kann.
- **Börse:** Die Schweizer Sportartikelfirma On übertraf bei ihrem Börsengang am Mittwoch die Erwartungen. Der Schlusskurs lag fast um die Hälfte über dem Ausgabepreis. Experten halten sie allerdings für «enorm hoch» bewertet.

**Datenschutz:** Apple hat am Montag ein Update für iPhones und iPads veröffentlicht, das eine Sicherheitslücke schliesst, die von der Spionagesoftware Pegasus ausgenutzt werden konnte, um betroffene Handynutzer auszuspähen.

## Die Top-Storys

**Die Folgen von 9/11** Vom Fall der Türme über den Irakkrieg bis hin zum Sturm des Kapitols: Die amerikanische Dokuserie «Frontline» zeigt die de-saströsen Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001.

**Europas Müll in Afrika** Obwohl verboten, sollen jedes Jahr Hundert-tausende Tonnen Elektroschrott aus Europa in Entwicklungsländern lan-den. Eine Recherche der Organisation iWatch Africa präsentiert das Aus-mass dieser illegalen Verfrachtungen, die Umwelt und Menschen Leid zu-fügen.

**Fragen an Onkel Laschet** Haben Sie das Triell letzten Sonntag verpasst? Ist nicht weiter schlimm. Die deutsche TV-Show «Late Night Berlin» hat nämlich was Spannenderes im Angebot: Ein Kreuzverhör der Kanzler-kandidaten – geführt von Kindern. Von sehr, sehr gut informierten Kindern.

Illustration: Till Lauer